



BREMER GEHEN ZUR WAHL

Jede Stimme zählt, wir haben nichts zu verschenken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde der Gewerkschaft der Polizei!

Am Sonntag, dem 26. 5. 2019, sind Europawahlen und gleichzeitig wählen Bremerinnen und Bremer ihre neue Bürgerschaft.

Die zur Wahl stehenden Parteien haben sich öffentlich positioniert. Wir als Gewerkschaft der Polizei haben die bei der letzten Wahl in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft gewählten Parteien bei unserem „Wahl-O-Mat-mal-anders“ mit 38 Thesen zur Inneren Sicherheit und der damit Beschäftigten konfrontiert. Natürlich haben wir dabei auch das Verhältnis der Parteien z. B. zur Unantastbarkeit des Bremischen Personalvertretungsrechts abgeklopft. Die nicht immer überzeugenden Ergebnisse hierzu, wie aber auch z. B. zu Arbeitsbedingungen, könnt ihr in Auszügen noch mal in dieser Ausgabe der Deutschen Polizei, versehen mit den jeweiligen Positionen der GdP, nachlesen. Die gesamte Übersicht findet ihr unter anderem auf unserer Homepage www.gdp.de/Bremen.

GdP-Mitglieder kandidieren für die Parlamente

Mit **Marco Lübke** (CDU), **Holger Welt** (SPD) und **Malte Schiemann** (SPD) sowie **Peter Borchert** (SPD) und **Timo Eisenschmidt** (CDU) stellen sich auch GdP-Mitglieder zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft bzw. Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung. Allen wünschen wir viel Erfolg.

Als Gewerkschaft der Polizei legen wir unseren Fokus naturgemäß auf die Innere Sicherheit. Dabei ist uns klar, dass Bremen auch in anderen Bereichen ganz vielfältige und teilweise schwierige Probleme zu lösen hat. Bisweilen konnte man aber im Wahlkampf den Eindruck gewinnen, dass Thema Innere Si-

cherheit sei bei den meisten Parteien stark in den Hintergrund gerückt. Nun muss man kein Kriminologe sein, um zu wissen, dass Bildungs- wie auch Sozialpolitik, ja sogar Digitalisierung mit Innerer Sicherheit eng verknüpft sind.

Aber wird auch genug über jene gesprochen, die mit ihrem hohen Engagement für Sicherheit und Bürger zuständig sind? Welche Anstrengungen werden unternommen, um den öffentlichen Dienst in Bremen so attraktiv zu gestalten, dass er sich im zunehmenden Wettbewerb um junge Beschäftigte behaupten kann?

Man wünscht sich natürlich, Auskünfte der Parteien vor der Wahl hätten hierzu auch nach der Wahl noch Bestand. Der unbedingte Wille, wieder an die Macht zu kommen, verführt hier und da sicherlich dazu, dass sich Parteien zu weit aus dem Fenster lehnen.

„Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.“

Otto von Bismarck

Manch gute Absicht muss später auch in Koalitionsverhandlungen geopfert werden. Und die dürften sich im Bremer Sommer schwieriger gestalten als je zuvor. Eine Drei-Parteien-Konstellation scheint sehr wahrscheinlich.

Es ist heute nicht absehbar, welche Koalitionen am Ende im Land Bremen mehrheitsfähig sind. So spannend wie dieses Jahr war die Bürgerschaftswahl jedenfalls noch nie. Auf die Spannung am rechten Rand könnte die GdP dabei sehr gut verzichten. Gewerkschaftsfeindliches oder gar völkisches Gedankengut hat auf alle Fälle in der Bremischen Bürgerschaft nichts zu suchen!

Nicht wählen ist auch keine Lösung

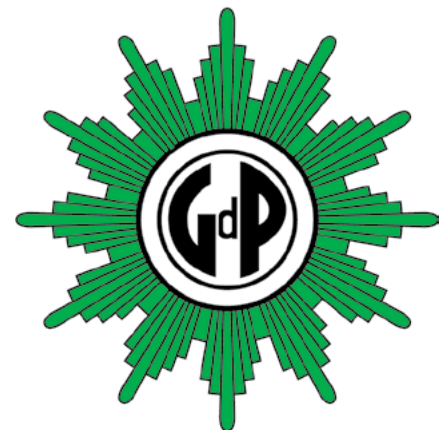
Umso wichtiger ist es, dass alle Wahlberechtigten ihre Stimme in die Waagschale werfen und ihr Wahlrecht wahrnehmen. Jeder von euch muss dabei selbst entscheiden, welcher Partei er am Ende am ehesten zutraut, die nach wie vor sehr großen Probleme Bremens und Bremerhavens zu lösen. Für den einen oder die andere mag auch ein Blick zurück Grundlage einer Wahlentscheidung sein. Soll wirklich immer derjenige die Suppe auslöffeln, der sie eingebrockt hat? Kehren neue Besen wirklich besser?

Deshalb zählt jede Stimme! Die GdP Bremen fordert ihre Mitglieder wie auch alle anderen Bremer und Bremerinnen deshalb auf, wählen zu gehen. Und denkt dran: Der schlimmste Weg, den man wählen kann, ist der, keinen zu wählen.

Lüder Fasche

„Das Regieren in einer Demokratie wäre wesentlich leichter, wenn man nicht immer Wahlen gewinnen müsste.“

Georges Clemenceau



Symposium zum Arbeitsschutz

„Gesund und Digital – Die Zukunft der Arbeit gemeinsam gestalten“ war das Schwerpunktthema des Symposiums zum Arbeitsschutz am 27. und 28. März 2019. 40 Mitglieder der JUNGEN GRUPPE (GdP) trafen sich in Dortmund, um gemeinsam grundlegende Fragen zum Thema Arbeitsschutz im Polizeialltag zu erörtern.

Durch Herrn Dr. Armin Windel (Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin) wurden wir in den Räumlichkeiten der Deutschen Arbeitsschutzausstellung (DASA) in Dortmund herzlich begrüßt und in die

Systematik des Arbeitsschutzes eingeführt. Im Anschluss erhielten alle Teilnehmer/-innen eine Führung in die aufwendig szenografierte Historie des Arbeitsschutzes. Diese fand einen gelungenen Abschluss in einem gemeinsamen Essen in aeronautischer Atmosphäre im sogenannten „Energieraum“ der Ausstellung, in welchem ein ausgedientes Kontrollpult von beträchtlicher Größe im Zentrum des Raumes aufgestellt war und unseren Landesjugendvorsitzenden Jannik Wessels zum Posieren einlud. Ein Gang durch die zu dieser Zeit eher ruhigen Dortmunder Innenstadt bot Raum für ein Kennenlernen und den Austausch untereinander. Am darauf-



Mitglieder der JUNGEN GRUPPE Bremen engagieren sich in Fragen zum Arbeitsschutz.

TERMIN

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe 2019, Landesjournal Bremen, ist der 7. Mai 2019.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



JUNGE GRUPPE

folgenden Tag stand die eigentliche Erarbeitung der folgenden Inhalte auf der Tagesordnung: In Bezug auf den digitalen Fortschritt galt es, sowohl die vorliegenden Arbeitsbedingungen im Polizeialltag zu erfassen als auch bevorstehende Bedarfe zu erkennen und zukünftige Anforderungen an die im Polizeidienst Beschäftigten einzuschätzen.

In drei Arbeitsgruppen wurde mit jeweils eigenem Schwerpunkt gearbeitet. Die Moderation der Arbeitsgruppen wurde durch eine/n Vertreter/-in bzw. Funktionär/-in der GdP übernommen und durch das Wissen der Experten/-innen des Arbeitsschutzes unterstützt. Das Hauptaugenmerk lag in dieser Arbeitsphase auf den Themen der Digitalisierung, gesunden Arbeitszeitmodellen sowie psychischen Belastungen im Polizeialltag. Die Ergebnisse wurden im Anschluss allen Teilnehmern/-innen präsentiert und schließlich im Rahmen einer Abschlussdiskussion wieder aufgenommen und diskutiert.

Im Ergebnis konnte die Veranstaltung dem Anspruch, aus den erarbeiteten Ergebnissen gewerkschaftliche Forderungen und „Anpacker“ abzuleiten, nicht gerecht werden. Diese Haltung wäre gemessen an dem verfügbaren zeitlichen Rahmen aber auch nicht realistisch. Dennoch konnten bestehende Problemstellungen erkannt und erörtert werden, woran sich in Folgeveranstaltungen oder der Arbeit in den Landesbezirken anschließen lässt.

Levke Kühl

SENIOREN

Monatstreffen

Bremerhaven

Dienstag, 14. Mai 2019, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

Bremen

Donnerstag, 9. Mai 2019, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Wolfgang Karzenburg

LANDESFRAUENGRUPPE

Einmal Straßburg und zurück

In der Zeit vom 12. bis 14. 3. 2019 folgten 22 Frauen aus verschiedenen Bereichen einer Einladung der EU-Abgeordneten und ehemaligen Bremer Senatorin für Kultur und Ausländerintegration, Helga Trüpel. Trotz der Widrigkeiten, dass für die dreitägige Veranstaltung nur ein Tag Sonderurlaub gewährt wurde, ließen sich die engagierten Frauen nicht von der Reise abhalten. Und sie wurden belohnt. Begleitet wurden die Frauen durch den Sprecher der Bremer Gruppe „Pulse of Europe“, Herrn Emanuel Herold.

Das Programm startete bereits nach Ankunft am Straßburger Hauptbahnhof, wo die Gruppe nach dem Einschließen der Gepäckstücke durch eine Stadtführerin erwartet und in das historische Zentrum der Stadt geführt wurde. Hier erfuhren wir unter anderem bei einem Besuch des Viertels „La Petite France“, dass dieser Stadtteil im Mittelalter durch die meisten Straßburger gemieden wurde, da die Häute und Felle

der ansässigen Gerbereien einen strengen Geruch in den Straßen verbreiteten. Der Name des Viertels geht auf das 16. Jahrhundert zurück, als dort ein Krankenhaus stand, in dem die Syphilis (damals bezeichnet als „Franzosenkrankheit“) behandelt wurden mit der sich die Straßburger Söldner der französischen Könige in den italienischen Kriegen angesteckt hatten.

Auch Tag zwei bot wenig Spielraum für Pausen. Am Vormittag führte unser Weg zum Europaparlament. In einem Vorführraum mit dem Charme der 70er Jahre und Aschenbechern in den Rückenlehnen der orangefarbenen Sessel erfolgte eine Einführung in das umfangreiche Betätigungsfeld des Europarates mit den vielfältigen Konventionen. Es wurde berichtet, dass Deutschland das Mitgliedsland ist, welches derzeit die meisten Übereinkommen/internationale Verträge zwi-

Fortsetzung auf Seite 4

1. Mitbestimmungsorgan
2. Abkz. Schutzpolizist
3. Norm
4. Bremer Behörde
5. Einbruchswerkzeug
6. Beschatten
7. Funkrufname Bhv.
8. GdP Gremium
9. Gr. Polizeiaktion
10. Ausweisfoto
11. Teil Visiereinrichtung
12. Hochrisikospiele
13. Kriminelle Vereinigung
14. Krimi-Serie 74 -98
15. Mehrdienst

Einsendeschluss:
30. 5. 2019.

Unter allen Einsendern des richtigen Lösungswortes verlosen wir einen GdP-Rucksack.

E-Mail mit dem Lösungswort und euren Daten an: bremen@gdp.de oder per Post an GdP Bremen (Adresse Seite 2).

1	2	3	4	5	6	7	8	9	L	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----



LANDESFRAUENGRUPPE

Fortsetzung von Seite 3

schen den Staaten unterzeichnet hat. Programmpunkt am Nachmittag war der Besuch des Europaparlamentes. Im Gegensatz zum Sitz des Europaparlamentes besticht das Gebäude durch seine moderne offene Architektur, den zahlreichen Glaselementen und lichtdurchfluteten offenen Übergängen. Im Besuchsbereich des Parlamentes befindet sich eine Vielzahl interaktiver Module, an denen unter anderem das Zusammenspiel zwischen Europarat, Europaparlament und Europakommission visualisiert wird. Unser Besuch führte uns in einer Parlamentarierwoche zum Europaparlament, sodass wir die Gelegenheit erhielten, einer Abstimmung im Plenarsaal beizuwohnen.

Im Vorfeld der Plenarsitzung ließ es sich Frau Trüpel trotz eines engen Terminkalenders nicht nehmen, uns einen Einblick in ihre 30-jährige politische Tätigkeit zu geben. Im Anschluss stellte sie sich den Fragen der Anwesenden. Hierbei wurde der Brexit genauso thematisiert wie Fragen über EU-Recht in Hinblick auf die Problematik mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern.

Am dritten Tag trafen 22 Frauen und ein Mann ermattet, aber gut gelaunt am Bremer Hauptbahnhof ein.



Frauen der GdP Bremen informierten sich in Straßburg über Europapolitik.

Ein besonderer Dank gilt Frau Trüpel, die uns diese Reise ermöglicht hat, Herrn Herold für die kompetente Leitung und zu guter Letzt unserer lie-

ben Siggie Holschen, die sich maßgeblich in die Organisation und Kommunikation einbrachte.

Susanne Wiedemann

STERBEFÄLLE

Wir trauern um unsere Kolleginnen und Kollegen

Christian Osmers

geb. am 22. 11. 1969
verstorben am 19. 8. 2018

Bettina Lenz

geb. am 3. 1. 1988
verstorben am 2. 9. 2018

Willi Hans-Hermann Poppe

geb. am 22. 11. 1936
verstorben am 24. 6. 2018

Hans Mondry

geb. am 17. 9. 1933
verstorben am 28. 7. 2018

Klaus Dunker

geb. am 8. 8. 1960
verstorben am 17. 9. 2018

Margarete Lieb

geb. am 30. 12. 1921
verstorben am 14. 9. 2018

Liviu Cornea

geb. am 6. 1. 1950
verstorben am 30. 9. 2018

Hanny Zöllner

geb. am 15. 1. 1922
verstorben am 29./30. 10. 2018

Günter Steffen Steinbach

geb. am 2. 9. 1953
verstorben am 11. 11. 2018

Reinhold Schumacher

geb. am 31. 12. 1919
verstorben am 6. 12. 2018

Karl Meyer

geb. am 10. 6. 1926,
verstorben am 6. 1. 2019

Klaus Heinrich Brüns

geb. am 20. 11. 1940
verstorben am 9. 12. 2018

Bernd Rosengart

geb. am 5. 11. 1949
verstorben am 23. 1. 2019

Rolf Lüken

geb. am 10. 3. 1938
verstorben am 15. 1. 2019

Günter Mühlbacher

geb. am 15. 4. 1928
verstorben am 25. 1. 2019

Gretchen Redweik

geb. am 29. 9. 1934
verstorben am 2. 2. 2019

Wolfgang Jensch

geb. am 4. 8. 1936
verstorben am 26. 2. 2019

Walter Rheb

geb. am 19. 5. 1946
verstorben am 5. 3. 2019

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.



BÜRGERSCHAFTSWAHL 2019



Polizeivollzugsdienstleistende sollen nach 40 Dienstjahren ohne Abschläge in den Ruhestand gehen können

					
Stimme zu					
neutral					
Stimme nicht zu					
Erläuterung	Wir streben an, dafür zu sorgen, dass Schichtdienst nicht über die gesamte Dienstzeit geleistet werden muss. Flexible Modelle zur Reduzierung von Schichtdienst in verschiedenen Arbeitsfeldern des Polizeiberufes bieten dafür genauso die Grundlage, wie Altersteilzeitmodelle oder Heimarbeitsplätze. Wir wollen moderne Formen für eine „Work-Life-Balance“ realisieren.	Es sollte die Möglichkeit für Vollzugsbeamte geben, abschlagsfrei in den Ruhestand zu gehen, nachdem sie 40 ruhegehaltsfähige Dienstjahre abgeleistet haben.	Durch die besondere Altersgrenze für die Polizei ist schon jetzt ein abschlagsfreier Eintritt in den Ruhestand mit weniger Dienstjahren möglich als bei anderen Beamtinnen und Beamten.	Diese Forderung setzt einen deutlich erhöhten Personalbedarf voraus. Sollten entsprechende Maßnahmen in anderen Bundesländern unternommen werden, halten wir das auch in Bremen für denkbar.	Keine Angaben



Die GdP fordert, dass Polizeivollzugsdienstleistende nach 40 Dienstjahren ohne Abschläge in den Ruhestand gehen können.

Die Gewerkschaft der Polizei erwartet, dass Kolleginnen und Kollegen, die 40 Jahren im Dienst waren, zukünftig ermöglicht wird, freiwillig in den Ruhestand zu gehen.

Eine große Anzahl der Beschäftigten ist bereits vor dem 20. Lebensjahr ins Berufsleben eingestiegen. Durch die seit 2013 eingeführte gesetzliche Lebensarbeitszeitverlängerung kommen somit viele Kolleginnen und Kollegen auf eine Dienstzeit von 45 Jahren. Analog zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung (wird auch genutzt, um auf 40 Dienstjahre und damit auf die vollen Pensionsansprüche zu kommen) sollte es auch ermöglicht werden, dass Kolleginnen und Kollegen freiwillig ihren Dienst nach 40 Jahren beenden dürfen.

Wissenschaftliche Untersuchungen von Arbeitsmedizinern belegen, dass über viele Jahre geleisteter Wechselschichtdienst den menschlichen Organismus psychisch und physisch überproportional belastet. Die Betroffenen werden krank und die Lebenserwartung ist nachweislich geringer.


Eine Anrechnung dieser Zeiten auf die Lebensarbeitszeit ist daher längst überfällig.





Das Bremer Personalvertretungsrecht hat sich bewährt und bedarf keiner Modernisierung

					
Stimme zu					
neutral					
Stimme nicht zu					
Erläuterung	Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber zum geltenden Personalvertretungsrecht. Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte sind für uns der Wesenskern unseres demokratischen Sozialstaates.	Keine Angaben.	Eine gut funktionierende Verwaltung ist Kernstück und Aushängeschild des Staates. Wir wollen ein konstruktives Miteinander der Behörden mit den Personalvertretungen. Etwaige Änderungen am Personalvertretungsrecht sollten sich auf das beschränken, was verfassungsrechtlich zwingend erforderlich ist.	Eine Einschränkung der Rechte von Personalräten lehnen wir entschieden ab. Stattdessen fordern wir eine Erweiterung: Die Schwellen für Freistellungen sollen an die Werte des Betriebsverfassungsgesetzes angeglichen werden. Honorarkräfte, Lehrbeauftragte und vergleichbare Statusgruppen sollen in das PersVG aufgenommen werden.	Das PVG wird häufig als zu schwerfällig und kleinteilig empfunden. Eine Überarbeitung wäre sinnvoll.

 **Die GdP fordert: Hände weg vom Personalvertretungsrecht.**
 Die Gewerkschaft der Polizei fordert den uneingeschränkten Erhalt des jetzigen Bremischen Personalvertretungsrechts. Die Personalvertretungen haben im ehemaligen Stadtamt wie auch in der Polizei Bremen in der Vergangenheit wesentlichen Beitrag zur Modernisierung der Behörden und zu besseren Dienstleistungen für Bremens Bürger und Bürgerinnen beigetragen. Dies gelang gleichermaßen durch Kritik wie auch konstruktive Mitarbeit.
 Art. 47 der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen schreibt die gleichberechtigte Mitbestimmung unter Wahrung der öffentlich-rechtlichen Befugnisse der zuständigen Stellen des Landes und der Gemeinden sowie der parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung vor. Es wäre daher ohnehin verfassungswidrig, die Mitbestimmungsrechte einzuschränken.
 Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ist ein wesentliches Element einer modernen kooperativen Verwaltungsorganisation und Verwaltungsführung.
 Wer die Hand an die Mitbestimmung legt, will die Entwicklung der Arbeitswelt zurückdrehen und das reine Prinzip von Befehl und Gehorsam wieder einführen.




BÜRGERSCHAFTSWAHL 2019



Der einheitliche Beförderungstermin bei der Polizei Bremen soll abgeschafft werden

					
Stimme zu					
neutral					
Stimme nicht zu					
Erläuterung	Der einheitliche Beförderungstermin gilt für den gesamten öffentlichen Dienst, Sonderregelungen für die Polizei sind weder sachlich gerechtfertigt noch wären Sie gegenüber den sonstigen Bediensteten vermittelbar.	Das derzeit starre System bei den Beförderungsterminen sollte durchbrochen werden, um an mehreren Terminen im Jahr Beförderungen durchführen zu können.	Wir wollen beim einheitlichen Beförderungstermin zum 1. Oktober eines Jahres bleiben, da er sich positiv auf die Steuerung des Haushaltes auswirkt.	Der einheitliche Beförderungstermin führt vor allem bei Haushaltssperren zu gravierenden Problemen, weil anstehende Beförderungen nicht vollzogen werden dürfen. Wir haben in der Bürgerschaft deshalb beantragt, zur alten Regelung zurückzukehren, leider wurde diese Initiative bislang abgelehnt.	Hier sollte die Praxis im gesamten öffentlichen Dienst Bremens einheitlich bleiben

	<p>Die GdP fordert die Abschaffung des einheitlichen Beförderungstermins für den gesamten Öffentlichen Dienst.</p> <p>Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert deutlicher denn je, den einheitlichen Beförderungstermin im Öffentlichen Dienst abzuschaffen und zusätzlich mehr Beförderungen zum Abbau der massiven Unterdeckung im Bereich der Polizei Bremen zu ermöglichen. Beim einheitlichen Beförderungstermin handelt es sich um eine verdeckte Sparmaßnahme auf Kosten der Beamten und Beamtinnen. Sachliche Gründe für ihn gibt es nicht. In der Vergangenheit war sogar der einheitliche Beförderungstermin noch einmal nach hinten verschoben worden.</p> <p>Solche Maßnahmen sind nicht nur ungerecht und lassen sich selbst fiskalisch nicht mehr begründen, sondern sie tragen auch dazu bei, den Öffentlichen Dienst unmodern und unattraktiv erscheinen zu lassen.</p>
---	--



BÜRGERSCHAFTSWAHL 2019



Die Polizeizulage soll auf monatlich 200 Euro angehoben und wieder ruhegehaltstfähig werden

Stimme zu					
neutral					
Stimme nicht zu					
Erläuterung	Die Zulagenstruktur bei der Polizei ist in jüngster Vergangenheit modernisiert und der für die Zahlung von Zulagen aufgewandte Betrag deutlich erhöht worden. Dennoch ist darüber hinaus auch eine Anhebung der Polizeizulage vorstellbar, die konkrete Höhe aber noch offen. Die Frage der Ruhegehaltstfähigkeit muss im Lichte der Entwicklung in anderen Bundesländern überprüft werden.	Wir halten eine derartige Erhöhung der Zulage in der kommenden Legislaturperiode für nicht realisierbar. Wir werden uns aber erneut dafür einsetzen, angemessene Erhöhungen im Zulagenrecht zu erreichen.	Allein die Erhöhung um 200 Euro würde den Haushalt mit jährlich 2 Mio. Euro belasten und Anschlussforderungen hinsichtlich Feuerwehr- und Justizvollzugszulage nach sich ziehen. Die Zulage soll Besonderheiten wie den mit Streifen- und Nachtdienst verbundenen Mehraufwand für Verpflegung etc. ausgleichen, die im Ruhestand wegfallen	Wir sind für eine grundlegende Reform der Zulagenwesens unter der Voraussetzung, dass niemand schlechter gestellt werden darf. Unsere Kernforderungen sind die Dynamisierung, die Ruhegehaltstfähigkeit, die Vergleichbarkeit und die Wettbewerbsfähigkeit.	Ein konkreter Betrag wäre noch festzulegen.

Die GdP fordert, dass die Polizeizulage auf 200 Euro angehoben und wieder ruhegehaltstfähig wird. Die Polizeizulage könnte auch als erste Gefahrenzulage bezeichnet werden. Sie soll Besonderheiten des polizeilichen Vollzugsdienstes ausgleichen. Dazu gehört auch, dass Kolleginnen und Kollegen notfalls Leben und Gesundheit für den Staat einsetzen. Diese Zulage in Höhe von 127,38 Euro je Monat ist seit Anfang 1999 nicht erhöht worden. Ähnliche gelagerte Zulagen bei Feuerwehr und Justiz hingegen schon. Die Gewerkschaft der Polizei fordert ferner, dass die Polizeizulage, wie bereits bis 2007, wieder ruhegehaltstfähig und für Beamte/Innen, die sich bereits im Ruhestand befinden eine „Abschlagszahlung“ als Ausgleich gezahlt wird und ruhegehaltstfähig bleibt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass in einigen Bundesländern eine meist höhere Polizeizulage ruhegehaltstfähig gezahlt wird und im Bundesland Bremen nicht. Die Polizeizulage hat sich im Laufe der Jahre zu einer Amtszulage entwickelt und ist somit zu einem Bestandteil der Beamtenbesoldung und Beamtenversorgung geworden.

